

Sri Lanka im Überblick

zusammengestellt von Milena Koch

Verfassungszusatz und Rechtsstaat

Der am 22. Oktober mit einer 156/225 Mehrheit durch das Parlament verabschiedete 20. Verfassungszusatz stattet Präsident Gotabhay Rajapaksa wieder mit umfassenden Vollmachten und Immunitäten als Staatsoberhaupt wie auch als Privatperson aus und schwächt gleichzeitig die konstitutionelle Rolle des Premierministers und des Parlaments. Die von der Vorgängerregierung beschlossene Beschränkung der Amtszeit des Präsidenten und die Einrichtung von unabhängigen Kommissionen – die etwa Polizei und Öffentlichen Dienst kontrollieren – werden mit dem Verfassungszusatz rückgängig gemacht. Ebenso wird die Ernennung wichtiger institutioneller Posten dem Präsidenten zurückübertragen.

Doch dies scheint nur ein Zwischenschritt. Präsident Rajapaksa kündigte in seiner Ansprache an die Nation an, binnen eines Jahres eine neue Verfassung zu verabschieden, die den „Wünschen des Volkes gerecht wird“. Der 20. Verfassungszusatz lässt vermuten, dass es dafür die notwendige Zweidrittelmehrheit im Parlament und auch die Stimmmehrheit des Volkes bei einem Referendum geben wird. Ob zum „Volk“ auch die Wünsche und Hoffnungen der tamilischen, muslimischen und christlichen Minderheiten gehören werden?

Budget 2021: Regierung setzt auf Sicherheitspolitik

Nach aktuellen Angaben der Weltbank ist die Wirtschaft in Sri Lanka dieses Jahr um 6,7 Prozent geschrumpft, unter anderem bedingt durch die weltweite Corona-Pandemie. Unterdessen veranschlagt der vorläufige Haushalt für 2021 mit geschätzten Gesamtausgaben von 12,04 Milliarden Euro rund 12,5 Prozent der Gesamtausgaben für Rajapaksas Sicherheitspolitik. Hingegen sollen 130 Millionen Euro weniger für den Gesundheitssektor als im Vorjahr bereitgestellt werden. Eine bemerkenswerte Entscheidung während einer globalen Pandemie. Die Rajapaksa-Regierung macht keinen Hehl daraus, dass Sicherheit und Entwicklung – unter anderem ein starker Sicherheitsapparat zur Krisenbekämpfung – im Vordergrund ihrer Politik stehen. Wie das Sicherheitsbudget zukünftig eingesetzt werden

könnte, zeigt eine in den sozialen Medien veröffentlichte Liste, die insgesamt 200 regierungskritische Journalist(inn)en und Dissident(inn)en aufführt, die schnellstmöglich verhaftet werden sollen.

Sitzung des UN-Menschenrechtsrates

Das britische Unterhaus hat beschlossen, den UN-Menschenrechtsrat bei der 46. Tagung im März 2021 zu ersuchen, eine Resolution gegen Sri Lanka einzubringen. Die Regierung Sri Lankas hatte verkündet, die UN-Resolution 30/1 und den damit geschaffenen Rahmen zur politischen Umsetzung von Rechenschaftspflicht, Aussöhnung und Menschenrechten nicht mehr anzuerkennen. Die Resolution verletze die Volkssouveränität und Verfassung Sri Lankas, hingegen würden Demokratie und Menschenrechte von der Regierung aufrechterhalten. Teil der Forderungen in der Resolution 30/1 war die Aufhebung etwa des Anti-Terror-Gesetzes (*Prevention of Terrorism Act, PTA*). Die gegenwärtige Regierung nutzt den PTA, um Dissident(inn)en zu verhaften.

Individualbeschwerde im UN-Menschenrechtsausschuss

Die Mutter eines Kindes hatte im August 2019 eine Individualbeschwerde zum UN-Zivelpakt (bürgerliche und politische Rechte, ICCPR) eingereicht. Sie beklagt die körperliche Bestrafung einer 11-jährigen Schülerin durch Lehrpersonal an einer internationalen Schule. Die Beschwerdeführerin hatte erfolglos die innerstaatlichen Rechtsmittel ausgeschöpft und sich dann an den Fachausschuss zum Zivelpakt, den UN-Menschenrechtsausschuss (*UN Human Rights Committee*) gewandt. Die Mutter hatte den Weg über eine interne Schuluntersuchung, eine Polizeianzeige, eine Beschwerde bei der nationalen Kinderschutzbehörde und dem Bildungsministerium sowie ein Verfahren beim Obersten Gerichtshof angestrengt, um die Anwendung von Körperstrafen gegen eine Minderjährige als Verletzung des Rechts auf körperliche Unversehrtheit verurteilen zu lassen. Der Fachausschuss hat sich schriftlich an die Regierung gewandt, um Einzelheiten zu der Beschwerde zu erfahren. Sri Lanka hat zwar die UN-Konvention über die Rechte des Kindes unterzeichnet, aber nicht das 3. Zusatzpro-

tokoll, das zu diesem Übereinkommen eine Individualbeschwerde ermöglichen würde – daher das Verfahren vor dem UN-Menschenrechtsausschuss. Körperliche Züchtigung besteht trotz offiziellen Verbots faktisch in den Schulen Sri Lankas fort.

Gewalt im Gefängnis

Sri-lankische Gefängnisse beherbergen zurzeit mehr als 30.000 Häftlinge, etwa das Dreifache ihrer Kapazität. Die beengten Zustände führen dazu, dass sich das Coronavirus schnell ausbreitet. Etwa 1200 Insassen wurden positiv auf Covid-19 getestet. Anfang Dezember protestierten Häftlinge in einem Hochsicherheitsgefängnis in Mahara, in der Nähe von Colombo, gewaltsam gegen die schlechten Bedingungen. Sie forderten bessere Gesundheitseinrichtungen und riefen dazu auf, die Anhörung ihrer Fälle zu beschleunigen. Eine Gruppe von Häftlingen hat angeblich Arzneimittel gestohlen. Wachen eröffneten das Feuer. Dabei starben elf Menschen und mehr als 100 wurden verwundet. Die Gefangenenrevolte erinnert an 2012, als die Polizei nach Unruhen im sri-lankischen Welikada-Hauptgefängnis 27 Insassen erschossen hatte.

Die Regierung beschloss als Reaktion auf die Corona-bedingten Unruhen, 637 Häftlinge freizulassen, die wegen kleinerer Vergehen inhaftiert sind. Sie kündigte an, weitere Tausende gegen Kautionsfreizulassen, um die Gefängnisse zu entlasten. Ebenso kämen Gefangene über 65 Jahre Bärtiges, oder diejenigen, die die Hälfte ihrer Strafe wegen geringfügiger Vergehen verbüßt haben, oder die mehr als 25 Jahre in einer lebenslangen Haft vollendet haben. Davon ausgeschlossen sind Verurteilte, die wegen schwerer Verbrechen im Zusammenhang mit Drogen, Vergewaltigung und Kindesmissbrauch inhaftiert wurden.

Zwangseinäscherungen von Covid-19 Toten

Auch Sri Lanka erlebt seit Oktober eine zweite Welle der Corona-Pandemie. Laut Regierungsangaben gibt es seit März circa 25.000 bestätigte Covid-19-Fälle und 125 Todesopfer (Stand 03.12.2020). Entgegen den Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation machte die sri-lankische Regierung eine Einäscherung aller verstorbenen Covid-19-Patient(innen) sowie der Verdachtsfälle seit dem 11. April verpflichtend. Zahlreiche Verfassungsbeschwerden gingen gegen diesen Beschluss beim Obersten Gerichtshof ein. Die Regierung missachtete mit den

angeordneten Zwangseinäscherungen – ohne medizinische Notwendigkeit – die Bestattungsrituale der muslimischen Gemeinschaft und mithin das Recht auf freie Religionsausübung. Die Berichte von Zwangseinäscherungen lösen darüber hinaus in den muslimischen Gemeinden große Angst aus, medizinische Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Keine Entschädigungen für muslimische Binnenflüchtlinge

Im Oktober 2020 jährte sich die gewaltsame Vertriebung von knapp 75.000 Muslim(inn)en aus der Nordprovinz durch die paramilitärische Organisation *Tamil Tigers* (LTTE) zum 30. Mal. Der Jahrestag verweist auch auf das Versäumnis der Regierung, sich dieses Themas anzunehmen. Bis heute gibt es keine Regierungsinitiative oder koordinierte Unterstützungsmaßnahmen für die Vertriebenen. Sie flohen damals in südlich gelegene Gebiete und leben teils heute noch in provisorischen Auffanglagern. Sie haben bislang keine Möglichkeit, zu ihrem Land und Eigentum im Norden zurückzukehren. Nun fordert eine Studie der Stiftung für ländliche Entwicklung (*The Rural Development Foundation*), dass die Situation der vertriebenen Muslime im Übergangsprozess zu mehr Gerechtigkeit (*Transitional Justice*) berücksichtigt werde und die Betroffenen angemessene Entschädigungen und Unterstützung bei den Umsiedlungen erhalten.

Polizei ermittelt gegen britische Söldner

Der britische Journalist Phil Miller veröffentlichte im Januar 2020 sein Buch *Keenie Meenie: The British Mercenaries Who Got Away With War Crimes* und im Oktober eine dazugehörige Video-Reportage. Darin legt er eine Beteiligung britischer Söldner der privaten Sicherheitsfirma *Keenie Meenie Services* (KMS) am Bürgerkrieg in Sri Lanka offen. In den 1980er-Jahren bildete KMS eine Eliteeinheit der sri-lankischen Polizei aus, die sich *Special Task Force* (STF) nannte, um tamilische Separatisten zu bekämpfen. Die STF war in eine Reihe von schweren Menschenrechtsverletzungen verwickelt, unter anderem außergerichtliche Hinrichtungen tamilischer Zivilist(inn)en. Nun ermittelt die britische *Metropolitan Police* gegen Angestellte der KMS. Ein Strafverfahren wäre ein Meilenstein der Strafverfolgung, da es in den letzten 150 Jahren zu keinerlei Verurteilungen von einem britischen Gericht wegen Söldnerdelikten kam (zum Video <https://vimeo.com/466094032>).